Zahl der wirklich amtirenden kouffmirten Geistlichen zu richten. Es entstehen dadurch gar zu große Ungleichheiten. Kirchgemeinden von 10,000 und noch mehr Einwohnern haben bisweilen gerade wie Kirchgemeinden von 2–300 Einwohnern auch nur einen einzigen Wahlmann zu entsenden. Die Einseitigkeit in der Zusammensetzung der Synode würde noch ein Korrektiv erhalten können durch die Stimmen der Presse. Diese könnten wenigstens die im Volke herrschenden Ansichten aussprechen, und einsichtige Synodalmitglieder würden ja auf diese Stimmen gewiß auch gebührend Rücksicht nehmen. Aber auch dieses Korrektiv ist sehr beeinträchtigt dadurch, daß man von den Berathungsgegenständen der Synode vorher nichts erfährt. Kommen nun die Vorlagen des Kirchenregiments an dieselbe, so ist bei der beschränkten Dauer der Synodalverhandlungen (3–4 Wochen) keine Zeit vorhanden, über dieselben sich eine eingehende Ansicht zu bilden oder gar über dieselben öffentlich zu debattiren. Und doch wäre dies zur Klärung der öffentlichen Meinung sowohl, als auch zur allseitigen Erwägung der zu fassenden Synodalbeschlüsse recht dienlich. Man könnte daraus doch wenigstens sehen, in wie weit eine zu treffende Einrichtung auf ein Entgegenkommen von Seiten der Gemeinden zu rechnen hätte, was in den Wünschen derselben läge, wofür dieselben reif wären. So soll die bevorstehende Synode ein sogenanntes Aussparrungsgesetz berathen. Es ist dies für unser zum Theil übervölkertes Land geradezu eine Lebensfrage. Die Bevölkerungsziffer hat sich in vielen Landstrichen ganz wenig verändert, die Zahl der Kirchspiele, der Kirchen, der Geistlichen ist fast allenthalben dieselbe geblieben, und wo man sie etwas vermehrt hat, ist das stets nur in unzureichendem Maßstabe, nur zur Abstellung der allerschreiendsten Mißstände geschehen. Eingepfarrte Dörfer, die früher vielleicht einige Hundert Einwohner hatten, sind zu Gemeinden von mehreren Tausend herangewachsen. Sie haben Schulen über Schulen bauen müssen, Prediger von Lehrern angestellt, aber nicht einmal einen eigenen Gottesacker, nicht einmal ein eigenes Gebäude zur Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse. Ist diese nicht ebenso wichtig wie die Bildung der Jugend? — Aber allerdings eine Aussparrung, die Gründung einer selbstständigen Kirchgemeinde ist nicht nur ein Unternehmen, das großes finanzielles Opfer erheischt, die Auseinandersetzung zwischen den bisher eine Kirchgemeinde bildenden Gemeinden macht nur oft sehr schwierig und verwickelt — nein, zu alledem fehlt auch oft auf irgend einer Seite der gute Wille, sei es auf Seite der Stamm- oder Mittergemeinde, sei es auf Seite der auszupfarrenden Gemeinde. Man hat z. B. schon von großen Geldsummen gehört, die eingepfarrte Gemeinden an die Hauptgemeinde nur um die Erlaubniß, sich auszupfarren, haben zahlen müssen. Andererseits sind oft solche Hauptgemeinden durch eingepfarrte Tochterkirchen, die sich recht gut selbstständig machen könnten, sehr belästigt und in der Entwicklung ihres kirchlichen Lebens behindert, weil diese Tochterkirchen aus Rücksicht der Hauptgemeinde für ihre kirchlichen Bedürfnisse sehr billig wegkommen und deshalb gar nicht daran denken, aus dem für sie so vortheilhaften kirchlichen Verbande auszuscheiden. Wie aber jetzt die Sachen stehen, kann eine Aussparrung nur unter vollständiger Zustimmung aller Betheiligten erfolgen. Es fehlt jede gesetzliche Nöthigung zur Lösung des Verhältnisses, mag es noch so unnatürlich, noch so zweckwidrig, noch so verletzend und schädlich für das kirchliche Wesen sein. Hier muß Wandel geschafft werden, wenn die Kirchlichkeit nicht untergehen soll. Es muß ein Aussparrungszwang gesetzlich geordnet werden, daß — natürlich unter bestimmten Voraussetzungen — auf Antrag eines der betheiligten Theile die Aussparrung vorgenommen werden muß. Ueberzeugen sich die Gemeinden einmal von der Nothwendigkeit einer solchen Maßregel, dann werden sie auch weder die zu bringenden Opfer, noch die Schwierigkeit der Auseinandersetzung scheuen. Letztere ist auch gar nicht so groß, wenn man dem Vorbild entweder, der in analoger Beziehung beiden in unnatürlicher Verbindung stehenden Gemeinden aufhebt. Derselbe liegt so auf der Hand, daß es natürlich in vielen Fällen nur der Mangel gesetzlicher Normen sein kann, der die Trennung bisher verhindert hat. Aber doch greift eine solche Trennung so tief in die Gemeindeverhältnisse ein, ja auch in die verwandtschaftlichen und Familienverhältnisse der Gemeindeglieder, daß eine Aufklärung der Gemeinden und eine öffentliche Besprechung dieser Verhältnisse recht wünschenswerth ist. Man muß bedenken, daß auch die Leistungsfähigkeit eines Geistlichen eine bestimmte ist, und daß, wo die geistlichen Geschäfte um ihrer Ueberzahl willen vernachlässigt werden oder ganz ungethan bleiben müssen, dies nur auf Kosten des allgemeinen Volkswohles und einer gesunden Entwickelung des Volkslebens geschehen kann. Wie wenig aber bis jetzt nur eine befriedigende kirchliche Versorgung der Gemeinden geschehen ist, das kann man aus einer Vergleichung der betreffenden Zahlen ersehen. Von 1867 bis 1880 hat die evangelisch-lutherische Bevölkerung Sachsens um mehr als eine halbe Million zugenommen, die Zahl der geistlichen Stellen aber hat sich nur um 32 vermehrt, nämlich von 1143 auf 1175, von denen aber im Jahre 1881 nur 1110 wirklich besetzt waren, so daß auf eine neugegründete geistliche Stelle durchschnittlich über 16,000 Seelen kommen. Hat sich seit 1871 die Bevölkerung Sachsens oft verdoppelt, so hat sich in dieser Zeit die Zahl der geistlichen Stellen — noch einer ungefähren Schätzung — vielleicht nur um 50, jedenfalls noch lange nicht um 100 vermehrt, und doch trifft die Vermehrung der Bevölkerung nur einen Theil des Landes in ganz unverhältnißmäßiger Weise. Daß hier erst Abhülfe geschehen muß, ehe an viele andere kirchliche und soziale Nothstände unseres Volkes die heilende Hand gelegt werden kann; daß die Zertheilung der übergroßen Parochien in wirkliche, überschaubare Gemeinden das A und O alles kirchlichen Fortschritts werden muß: das sollte jedem wahren Volksfreunde ein Axiom sein. Und dazu möge die Synode durch Berathung eines zeitgemäßen Aussparrungsgesetzes das Ihre beitragen!

V.

— Herr Diakonus Morgenbesser, welcher Mitglied des geistlichen Kollegiums der Kreuzkirche ist und das in letzterer eingeführte Blasewitz zu pastoriren hat, übernimmt das Pfarramt zu Niederlommatzsch bei Löbau.

— Auch in der Realschule zu Dresden-Friedrichstadt wurde zur Nachfeier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs am Mittwoch ein Schulakt in abgehalten, bei welchem Herr Oberlehrer Dr. die Festrede hielt. Derselbe sprach, nachdem er der festlichen Veranstaltung gedacht, über die Entwickelung der Leibesübungen durch die Erziehung, indem er die für die Wettkämpfe der alten Hellenen eingeübten Vorübungen, den bekannten Fünfkampf, Laufen und Springen den späteren Wettübungen gegenüber stellte. Hierbei hob der Vortragende den lebhaften Antheil hervor, welchen König Albert bei Gelegenheit des letzten Turnfestes der deutschen Turnade wiederholt gezeigt hat. — Am gestrigen Tage fand in der Annenschule ein festlicher Akt statt, bei dem Herr Oberlehrer Dr. Schelle in seiner Festrede ein lebendiges Bild von den Verdiensten des Vaters August und der Mutter Anna entwarf. Am Tage zuvor gedachte im Auftrag des erkrankten Rektors Herrn Prof. Dr. Teichmann vor versammeltem Cötus Herr Conrektor Prof. Dr. Fritzsche des am 29. April verstorbenen Professors Wilhelm Herbig, emerit. Oberlehrers, an der Annenschule. Redner schilderte in warmempfundener Rede die Verdienste des Dahingeschiedenen während dessen langjährigen amtlichen Thätigkeit. Bei Beginn des neuen Schuljahres wurden von 127 Angemeldeten 100 in die Annenschule aufgenommen, sodaß die Zahl der Schüler gegenwärtig 561 beträgt gegen 491 bei Beginn des Schuljahres 1883.

— Das Landeskonsistorium hat neuerdings die beiden Hilfsgeistlichen Gotthold Foss in Neudenbach und Friedrich Lincke in Petersdorf, sowie die sogenannten Mitglieder der in Dresden bestehenden Missionsgesellschaft: Erdmann Herrmann, Friedrich Lange und Bruno Günther daselbst wegen ihrer Verdienste um das kirchliche Wesen ihrer Gemeinden durch Verleihung beziehungsweise Urkunden ausgezeichnet.

— Herr Dr. Erwin Papperitz, welcher sich am hiesigen Polytechnikum als Privatdocent für Mathematik habilitirt hat, hielt vorgestern in der Aula vor dem Professorenkollegium und den Studirenden seine Antrittsrede, welche die historische Entwickelung der Variationstheorie behandelte.

— Geheim. starb nach kurzem Krankenlager am Herzschlag der Präsident der hiesigen königlichen Ober-Postdirektion, Herr Rechnungsrath Bennewitz. Er war ein ausgezeichneter Beamter und von Allen, die ihn kannten, wegen seines vortrefflichen Charakters und liebenswürdigen Wesens hoch geehrt.

— Der allgemeine Handwerkerverein und der Innungsausschuß zu Dresden richten an die sächsischen Handwerker einen Aufruf zur Betheiligung an einem sächsischen Handwerkertage, welcher vom 7. bis 20. Juni in Dresden, Meinhold's Etablissement, abgehalten werden soll. In diesem Aufrufe heißt es u. A.: „Aller Orten regt sich im Vaterlande das deutsche Handwerk, um seine bedrohte und gefährdete Stellung zu vertheidigen, um wieder zu erlangen, was es verloren hat, um seine geschwundenen Rechte wieder zu erstreben und gesundere Existenzbedingungen für das Handwerk herbeizuführen. Denn nicht die Ungunst der Zeiten allein, sondern vielmehr Energielosigkeit, Uneinigkeit, ja Mißgunst und Neid im eigenen Lager haben die gegenwärtige, traurige Lage mit geschaffen und dem Handwerk den goldenen Boden entzogen. Jetzt, wo der Handwerker selbst dem Handwerk zu Hülfe kommen will, wo er Schulter an Schulter mit seinen Handwerksgenossen steht, in starker Einigkeit seinem Gegner die Stirn bietet, jetzt kann er seine ihm verbliebenen Rechte sicher behaupten und die entrissenen wieder erobern. Schon ist der deutsche Handwerkerbund fest begründet, schon hat dieser hoffnungsvolle Früchte gezeitigt und wird, so Gott will, dem deutschen Handwerk noch fernerhin ein starker Schutz und Schirm sein und bleiben. Doch kann es ihm nur neuen Halt, eine neue Stütze bieten, wenn sich die Handwerker auch in engeren Kreisen zusammenscharen zur Wahrung ihres Standes und ihrer Rechte." Auf der Tagesordnung steht: 1) Die deutsche Handwerkerbewegung, ihre bisherigen Erfolge und deren Ziele, 2) der Befähigungsnachweis, 3) der Bericht über § 100c, 4) Ueber Fach- und Fortbildungsschulen, 5) Legitimationspflicht der Handwerksgesellen und 6) Gründung eines sächsischen Handwerkerbundes.

— Während der jetzt stattfindenden Rekrutenaushebung bestehen, wie alle Jahre, unter den Militärpflichtigen häufig unklare Vorstellungen über das Militärmaaß, wir wollen nachfolgend die verschiedenen Bedingungen mittheilen: Das Mindestmaaß für einen deutschen Soldaten ist 157 Centimeter. Wer kleiner ist, kann höchstens bei den Oekonomietruppen (Schneider und Schuhmacher) ankommen. 157 Centimeter gelten für die Linien-Infanterie, Jäger, Dragoner und Train, 162 Centimeter für die Feldartilleristen, Pioniere und Eisenbahntruppen als Minimum. Von Fußartilleristen, Kürassieren und Ulanen verlangt man 167 Centimeter; der Gardesoldat soll — die leichte Gardekavalerie (165 Centimeter Mindermaaß) und die Eisenbahntruppen ausgenommen — 170 Centimeter, ausnahmsweise 167 Centimeter messen. Die Hälfte der Garderekruten, abgesehen von den leichten Kavalleristen, soll 175 Centimeter und darüber messen. Den Jägern, Feldartilleristen, Ulanen, Kürassieren und dem Train darf kein Rekrut zugetheilt werden, der über 175 Centimeter hinausragt. Dragoner und Husaren dürfen nicht mehr als 172 Centimeter messen.

— Eine für den gesammten Rechtsschutz außerordentlich wichtige Entscheidung hat der zweite Strafsenat des Reichsgerichts unterm 19. März 1886 gefällt. Danach ist Jeder durch eine Straf that Verletzte berechtigt, von jeder auch nur zufällig bei Begehung der Straf that als Augenzeuge anwesenden Person die Nennung ihres Namens und Adresse zu verlangen, um sich später auf deren Zeugniß berufen zu können, und kann im Weigerungsfalle die polizeiliche Sistirung des Weigernden behufs Feststellung seiner Persönlichkeit veranlassen, falls die Gefahr des Verlustes des Beweismittels durch Nichtermittelung begründet erscheint.

— Ein Besuch beim General Mite im Hotel Bucher. Bei dem Eintritt in den geräumigen Salon, welcher von dem kleinsten Ehepaar der Welt augenblicklich bewohnt wird, kam uns der Herr General mit seiner Gemahlin entgegen und beide reichten ihre Däumlings-Pärchelchen zum Gruß. Mit einer graziösen Handbewegung lud Serenissimus zum Sitzen ein. An dem sich entwickelnden Gespräch betheiligte sich die Frau Generalin fast gar nicht; wiederholte Versuche, ihr einige englische Brocken zu entlocken, scheiterten. Um so theilnahmsvoller zeigte sich ihr Gatte. Durchweg zeigte sich eine ungekünstelte Lebhaftigkeit und gute Laune. Nachdem er von seinen Reisen erzählt hatte, that er mit unverkennbarem Stolze der Geschenke Erwähnung, die er wie seine Gattin vom Prinzen Albrecht von Preußen, dem jetzigen Regenten von Braunschweig, nach einer Audienz erhalten hatten. Da plötzlich springt er auf, trippelt in ein Nebenzimmer und bringt alsbald die Kleinodien herbei. Das jüngste ist eine Schlipsnadel mit Perlen, das seiner Gemahlin eine 1½ Centimeter große Vorsteckнadel, ebenfalls mit Perlen besetzt. Sodann zeigte er seine goldene Miniatur-Remontoiruhr, auf deren Rückseite das Liliputanerpärchen eingravirt ist. Die Uhr hat er als Hochzeitsgeschenk in England verehrt bekommen. Bei der Frage, ob die Menge Berloques, die er an der Uhrkette trägt, ihm sämmtlich von Damen geschenkt worden seien, verneith die Frau Generalin, daß sie doch manches vom Gespräch versteht. Sie pieyste ihrem Eheherren einige für Andere unverständliche Worte zu und schleunigst begann er den Rock zuzuknöpfen. Was für Empfindungen mögen sich wohl in dem Herzchen der kleinen Dame geregt haben? — Der General gab dem Gespräch auch schnell eine andere Wendung, indem er an einen Tisch eilte und sich seine Photographien reichen ließ. Als er die beste herausgesucht hatte, griff er nach einer Bleifeder, die ungefähr ein Zehntel seiner eigenen Größe maß, schrieb auf die Rückseite eine Dedikation und reichte sie uns mit einer gewissen Grandezza, aber zugleich auch verbindlichsten Liebenswürdigkeit. Auf die Frage, ob ihm der herrliche Sonnenschein nicht zu einer Spazierfahrt locke, bemerkte er, daß es doch zu kalt für ihn im Freien sei; er dürfe in keine niedrigere Temperatur als 15 Grad Wärme kommen. Auch bei der Verabschiedung zeigte sich das Pärchen in voll distinguirtem Wesen.

— Von nah und fern laufen betrübende Berichte der Obstzüchter ein. Die Nachtfröste der letzten April- und ersten Maitage haben leider unter den jungen Blüthen verheerend gewirkt. Der Frost hat fernere Objekten, wie Pfirsiche, Aprikosen ꝛc. so stark angegriffen, daß sie die Blüthen vollständig abwerfen. Auch Kirschen, zumal süße, welche in den Blüthen bereits Früchte angesetzt hatten, haben enorm gelitten. Der Schaden ist schon jetzt als ein überaus bedeutender zu bezeichnen, und die Hoffnungen auf eine gute Ernte in den erwähnten Obstgattungen sind als zum größten Theile gescheitert zu betrachten. Dieser Verlust Derjenigen, welche auf die Erträgnisse einer guten Obsternte angewiesen sind, macht sich in seinen Folgen weiteren Kreisen fühlbar und ist darum doppelt beklagenswerth. Mögen die härteren Obstsorten, welche noch keine Blüthen zeitigten und darum weniger in ihrer Entwickelung gelitten haben, die Züchter durch eine reiche Ernte entschädigen, und möchte es vor Allem bei dem bisherigen Schaden sein Bewenden haben.

— Zur Etablirung einer „Dresdner Vogelwiese" hatte der Berliner Kaufmann Sonnenfeld zehn Morgen des Benno Meyer'schen Grundstücks auf Westend (Berlin) gegenüber Schloß Ruhwald, gepachtet. Die Polizeibehörde hatte ihm jedoch die Erlaubniß dazu versagt, da ein Bedürfniß für derartige Volksfeste nicht vorliege.

— Nächsten Sonntag erst — nicht wie kürzlich irrthümlich bemerkt wurde, schon neulich — begeht der Zoologische Garten sein 25jähriges Jubiläum. An diesem Tage wurde er damals — es war der Himmelfahrtstag — offiziell eröffnet. Wir geben hier zunächst in Kürze das Allgemeinere. Der Plan zu einem Thiergarten in Dresden wurde zuerst von dem „Verein für Hühnerzucht" gefaßt, welcher 1859 in einem erworbenen Garten der Ostra-Allee eine Anzahl in- und ausländischer Thiere ausstellte. Alsbald bildete sich unter Hofrath Dr. Reichenbach ein Aktienverein zum Zwecke der Herstellung eines zoologischen Gartens nach vorhandenen Vorbildern in großen Städten. Se. Maj. König Johann überließ dem Verein ein Stück des Großen Gartens, und ebenso begünstigten die Ministerien und der Stadtrath das Unternehmen, und nach Ankauf einiger angrenzender Felder wurde der Bau des Thiergartens in Angriff genommen. Mit sorgfältiger Schonung des schönen Bestandes an großen Bäumen sind nach dem Entwurf des Generalgartendirektors Lenné aus Berlin unter der umsichtigen Leitung des damaligen Garteninspektors und jetzigen kgl. Garten-Direktors Krause die Parkanlagen zweckentsprechend ausgeführt worden, während die verschiedenen Thierbehausungen nach den Entwürfen des damaligen Stadt- und jetzigen Oberlandbaumeisters Canzler hergestellt wurden. Die Uebersiedelung der Thiere aus dem Garten in der Ostra-Allee in die neuen Räume erfolgte schon im November 1860. Die Eröffnung des Winterhauses fand jedoch erst am 22. Dez. 1861 statt. Unter der wahrhaft liebevollen Leitung der Direktoren Schöpf, Vater und Sohn, hat sich der Garten zu der jetzigen Vollkommenheit entwickelt, in welcher er in Wahrheit zu den Zierden der Residenz zählt.

— Wie bereits früher mitgetheilt, hat Se. Maj. der König der Schützengilde in Freiberg eine neue Fahne verliehen und soll die Weihe dieser Fahne in einer dem Werth des hohen Geschenks entsprechenden, möglichst imposanten Weise veranstaltet, auch alle Kreise der Bürgerschaft für diese Festlichkeit interessirt werden. Dieselbe wird in der Zeit vom 29. Mai bis mit 1. Juni d. J. stattfinden. Für Sonnabend, 29. Mai, ist geselliges Beisammensein der Freiberger und fremden Schützen, sowie der sonstigen Festtheilnehmer im bayrischen Garten in Aussicht genommen, während Sonntag, 30. Mai, die eigentliche Fahnenweihe auf dem Obermarkte stattfindet. Abends wird ein großer Festkommers im Kauthaussaale abgehalten. Für Montag ist Mittag 1 Uhr gemeinsames Mittagsessen im Schützensalon, hierauf Fortsetzung des Schießens und Abends 8 Uhr Schützenball im „Tivoli" geplant.

— Im Monat April d. J. wurden beim städtischen Leihhause und zwar bei dessen Neustädter Geschäftsstelle 92,628 Mk. auf 8282 deponirte Pfänder ausgeliehen und 81,821 Mk. auf 7390 eingelöste Pfänder zurückgezahlt. Bei der Altstädter Geschäftsstelle wurden 65,293 Mk. auf 6069 deponirte Pfänder ausgeliehen und 63,310 Mk. auf 5750 eingelöste Pfänder zurückgezahlt.

— Im Januar hatte sich ein Unbekannter bei einem hiesigen Schlossermeister unter falschen Angaben eingemiethet, in die Wohnung einen bei einem Möbelhändler auf Kredit entnommenen Schreibtisch schaffen lassen, dann von seinem Quartiergeber eine Summe Geld geliehen und sich danach heimlich entfernt, ohne wiederzukehren. Auf Grund dieser Veröffentlichung war die Aufmerksamkeit auf einen in Rossen beschäftigt gewesenen Kaufmann, Schreiber und Werkführer Eichler gelenkt worden, welcher noch außerdem wegen anderer Verbrechen in Frage kam. Die eingeleitete Untersuchung hat jüngst zur Verurtheilung des später ergriffenen Verdächtigen geführt. Derselbe hat wegen Diebstahls im Rückfalle, vollendeten und versuchten Betrugs im Rückfalle und wegen vollendeter und versuchter Urkundenfälschung 12 Jahre und 270 Tage Zuchthaus zuerkannt erhalten.

— Bei der am 3. Mai unter Vorsitz des Herrn Marpé stattgefundenen Hauptversammlung der hiesigen Goldschmiede-Innung referirte Herr Kirsch über die Thätigkeit der Innung im vergangenen Jahre, Herr Mau über den Kassenstand und Herr Krach über die unterstützten durchreisenden Gehilfen. Es kam u. A. auch die im Jahre 1888 in Kraft tretende Stempelung der Gold- und Silberwaaren zur Sprache. Allseitig ist man enttäuscht über die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetze. Es gilt dies namentlich von der Anfertigung der auf goldenen und silbernen Geräthen aufzuschlagenden Stempel mit der deutschen Kaiserkrone, welche jeder Goldschmied selbst zu übernehmen hat. Man erwartete, daß die Stempel von der Reichsregierung geliefert werden würden. Nach dem Gesetze dürfen keine goldenen und silbernen Geräthe und Waaren bei hoher Strafe feilgehalten werden, welche mit alten Stempeln versehen sind. Man befürchtet nun, daß viele Waaren durch Beseitigung des alten Stempels total verdorben oder auch z. B. antike Geräthe vollständig entwerthet werden. In Oesterreich war bei Einführung der Punzirung wenigstens für vorhandene Waaren ein Lagerstempel vorgeschrieben, bei uns jedoch hat man die Einführung eines solchen Stempels nicht erwogen.

— In Sachsen sind im Jahre 1885 für ca. 50,000 Mk. Obst zur Weinbereitung verwerthet worden. Die Obstpachtgelder auf den fiskalischen Straßen, die 1882 87,844 Mk. betrugen, sind im Jahre 1885 auf 114,000 Mk. gestiegen.

— In einem Tanzlokal in Plagwitz kam es am Sonntag zwischen Militär und Civil zu Thätlichkeiten; Veranlassung soll das ungehörige Benehmen einiger Soldaten gewesen sein. Als die Polizei zwei Soldaten nach der Polizeiwache bringen wollte, leisteten die sämmtlichen anwesenden Kameraden Widerstand; auch Civilisten betheiligten sich an der versuchten Gefangenenbefreiung. Die Untersuchung gegen die Soldaten, wie die sonst noch Schuldigen ist im Gange.

— Der vorgestern erwähnte junge Mensch in Leipzig, der plötzlich verschwunden war, während gleichzeitig seinem Vater eine Summe von 5000 Mk. fehlte, ist bereits wieder gefunden. Er wurde auf einem dortigen Bahnhof, als er eben abdampfen wollte, angehalten. Von dem seinem Vater entwendeten Gelde hatte er mehrere Hundert Mark bei sich.

— In der Gegend von Schöneck beobachtete man jetzt ein ungemein zahlreiches Auftreten von Kreuzottern. Der Bürgerschullehrer Schlegel fing während der Osterferien in vier Tagen nicht weniger als 11 Stück dieses giftigen Gewürms.

— In Reichstädt bei Dippoldiswalde wurde in der Weckbrodt'schen Wirthschaft durch den Fleischer Zönnichen eine kranke Kuh geschlachtet. Nachdem der Fleischer sein Geschäft beendet, stellten sich bei ihm Erbrechen und heftiger Kopfschmerz ein, so daß man zu der Vermuthung kam, das Rind könne mit der Seuche behaftet gewesen sein. Durch die sofort veranlaßte thierärztliche Untersuchung wurde hochgradige Tuberculose ermittelt und das Fleisch vernichtet. Der Fleischer liegt noch krank darnieder.

— In Olbernhau ereignete es sich am Dienstag, daß ein Knabe, welcher sich hinten am Kasten einer Wäschmangel anhing, mit dem Kopfe zwischen Zahnstange und Gewichten eingeklemmt wurde. Nur durch die Geistesgegenwart der die Mangel drehenden Person kam der Knabe mit einer starken Verletzung der Stirnhaut, welche bis auf die Knochen bloßgelegt wurde, davon, ohne daß die Hirnschale beschädigt wurde.

— In Radeberg erhängte sich am 4. d. M. die Hausbesitzerin verw. Gärtner. Da sie mit schweren Sorgen nicht zu kämpfen hatte, so scheint sie Schwermuth in den Tod getrieben zu haben.

— Das ist doch stark, wenn selbst die scheuesten sanftesten Thiere, die Rehböcke, krakehlig werden. Im Leipziger Rosenthale fiel ein solcher Bock zwei 13jährige Knaben an, warf den einen nieder und bearbeitete ihn eine Weile mit dem Geweih, so daß er mehrere leichte Verletzungen davontrug. Erst hinzugekommene Erwachsene konnten den seltenen Angreifer vertreiben.

Fortsetzung des lokalen Theiles Seite 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Im preußischen Abgeordnetenhause war der Redner der Polen, Herr v. Jazdzewski gegen die kirchenpolitische Vorlage aufgetreten, weil sie Ausnahmebestimmungen zu Ungunsten der Polen enthalte. Deutlicher als in den kurzen Worten des Herrn v. Jazdzewski, kommt die Mißstimmung der Polen gegen die Kurie in der polnischen Presse zum Ausdruck; so bemerkt der „Dziennik Poznanski" in einem Artikel, welcher die Polen als vom dem Papste geopfert darstellt: Wenn Rom nach langem Kampfe heute einen relativen Sieg davonträgt, so sollte doch wahrlich der Mitkämpfer nicht vergessen werden, der am treuesten ausgeharrt hat im schwerem Kampfe. Was geschieht indeß? Der Potentat der Kirche erinnert uns wunderbarer Weise an Napoleon, der nach drei gemeinsamen Feldzügen, den preußischen, österreichischen und russischen, bereit war, in Dresden im Jahre 1813 die Polen und das Herzogthum Warschau dem mit der Koalition zu schließenden Frieden zu opfern. Um so schmerzlicher ist jedoch das Schauspiel, wenn die höchste Vertretung der Kirche mittelbar die Hand zur Einführung solcher Ausnahmezustände bietet, wenn sie zuläßt, daß die Bekenner der Kirche deshalb, weil sie die größte Treue und Ausdauer bewiesen haben, als Lohn für ihre Verdienste das Verdammungsurtheil erhalten. Mit Bezug hierauf wird in einem offiziösen Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." gesagt: Wenn die kirchenpolitische Vorlage, welche von der ganzen wirklich katholischen Welt als ein Akt des Friedens begrüßt wird, von den Polen als ein „Verdammungsurtheil" bezeichnet wird, so richten sie sich dadurch selbst. Es erhebt die polnische Presse die Anklage gegen den Papst, er habe sie verrathen und verkauft. Sie verlangt, daß der heilige Vater an der Maxime Pius IX., an dem „non possumus" festhalte, daß er neues Oel in den Kulturkampf hineingieße. Denn letzterer gewährte den Polen die Deckung, deren sie bedurften, um denjenigen Kampf durchzuführen, der ihnen allein am Herzen liegt, den Kampf gegen das Deutschthum; er verschaffte ihnen ferner einen werthvollen Bundesgenossen im Centrum. Es zeigt sich jetzt zur Evidenz, daß die Polen nur als Polen, aber nicht als Katholiken der römischen Kurie treu und ergeben gewesen sind. Die Interessen der Kirche sind ihnen nichts werth, sobald sie letztere nicht zu ihren revolutionären Plänen zu mißbrauchen im Stande sind.

Aus einer Unterredung, welche der Reichskanzler Fürst Bismarck während der Sitzung mit einem nationalliberalen Abgeordneten hatte, verlautet: Fürst Bismarck sprach sich nicht ohne Besorgniß über den Gesundheitszustand seines Sohnes, des Grafen Herbert Bismarck, aus, bei welchem zwar das Fieber aufhört, trotzdem aber das Delirium noch drei Tage angehalten habe. Er selbst sei in Ermangelung von geeigneten Ersatzkräften gezwungen, für seinen Sohn einzutreten, der eine ungewöhnliche Arbeitskraft besitze. Sehr eingehend äußerte sich Fürst Bismarck über die kirchenpolitische Frage. Seit acht Jahren sei er bestrebt gewesen, zu dem Ziele zu gelangen, dem er sich jetzt genähert habe, und zwar sei das wesentlich geschehen unter Berücksichtigung der dringenden Wünsche maßgebender Personen. Dr. Falk habe als Kultusminister die Dinge mit großer juristischer Feinheit und Geschicklichkeit behandelt, aber eben nur mit juristischer, während ihm der politische Blick zuweilen gemangelt habe. Immerhin sei es Dr. Falk gewesen, der ihm, dem Reichskanzler, den Stuhl vor die Thüre gesetzt, denn er selbst habe bis zum letzten Augenblick nicht aufgehört, dem Kollegen behilflich zur Seite zu stehen, wenn es sich darum handelte, bei dem Kaiser die Genehmigung zu einer Vorlage zu erlangen, was nicht immer leicht war. — Diese Bemerkung war vorzugsweise dadurch provocirt, daß von der anderen Seite entgegengehalten war, Dr. Falk habe seinerzeit über eine Abnahme der kollegialischen Hülfsbereitschaft des Kanzlers geklagt. Im Uebrigen ergab sich aus der Unterredung, daß Fürst Bismarck keinerlei Mißstimmung empfinde wegen der ablehnenden Haltung der Nationalliberalen gegenüber der kirchenpolitischen Vorlage.

Die Kommission, welche die Ausführung des Ansiedlungsgesetzes in Posen zu leiten hat, wird in Posen ihren Sitz erhalten. Der Vorsitzende der Kommission soll, da der Wirkungskreis derselben sich über drei Provinzen erstrecken wird, den höchsten Beamtenrang erhalten.

Die „N. Zür. Ztg." meldet, daß der deutsche Kaiser dem Oberförster Manuel in Burgdorf für die Uebersendung des Schneckenburger'schen Manuskripts „Die Wacht am Rhein" 40,000 Frcs. geschickt habe.